

Herr Casper stellte als Vertreter des Beratungsunternehmens con_sens (Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung) die abschließenden Ergebnisse über die im Sozialamt im Zeitraum September 2016 bis Oktober 2017 durchgeführte Organisationsuntersuchung vor. In diesem Zusammenhang informierte er zunächst über die vorgefundene Ausgangslage im Sozialamt sowie über die Zielsetzung und den Ablauf der Organisationsuntersuchung. Weitere Schwerpunkte seiner Präsentation waren die zu jedem einzelnen Sachgebiet erarbeiteten Handlungsempfehlungen, die Vorschläge zu einer neuen Aufbauorganisation und die Feststellungen zur notwendigen Personalbemessung.

Herr Casper hob dabei besonders die Bereiche hervor, in denen keine ausreichende Personalmenge für die Erfüllung pflichtiger Aufgaben des Sozialamtes (z.B. die Fachaufsicht SGB XII und die Heimaufsicht) oder für die Erfüllung weiterer wichtiger und sinnvoller Aufgaben (z.B. die Entwicklung und Erhaltung eines zentralen Qualitätsmanagements und eines Controllings) zur Verfügung stehe. Daneben zeigte er auf, welche zusätzlichen, auch durch die Politik übertragenen Aufgabengebiete zu einem Personalmehrbedarf führen, wie z. B. die Strategische Sozialplanung und der Einstieg in die Arbeitsmarktbegleitung. Zusammenfassend stellte Herr Casper fest, dass der überwiegende Teil der Mehrbedarfe mit rund 8 Vollzeitäquivalenten durch neue Aufgabengebiete bedingt sei und durch ein erforderliches Anheben fachlicher Standards ein weiterer Bedarf von rund 7 Vollzeitäquivalenten entstünde. Bei den Aufgaben, die das Sozialamt derzeit schon wahrnehme, sei dagegen nur eine geringe Personalunterdeckung in Höhe von 1,5 Vollzeitäquivalenten zu verzeichnen.

Abg. Eichner bemerkte, seine Fraktion habe schon seit Jahren darauf hingewiesen, dass die Personaldecke im Sozialamt für eine sinnvolle Aufgabenerfüllung zu dünn ausgestaltet sei. Am Beispiel der Heimaufsicht warnte er vor möglichen Folgen einer unzureichenden Aufgabenwahrnehmung bei den Pflichtaufgaben des Sozialamtes. Abg. Eichner kündigte an, im Personalausschuss werde man sich unter Zugrundelegung des ausführlichen Abschlussberichtes der Firma con_sens nach Abschluss intensiver Beratungen in den Fraktionen mit der Angelegenheit erneut auseinandersetzen.

Abg. Deussen-Dopstadt befürwortete die Idee einer Verwaltung, die durch den Übergang von reaktiver zu aktiver Handlungskompetenz in die Lage versetzt würde, Sozialpolitik aktiv mitzugestalten. Ihr stelle sich aber die Frage, an welcher Stelle die Politik inhaltlich auf die Gestaltungsvorschläge der Verwaltung Einfluss nehmen könne. Abg. Schmitz stellte fest, dass das vorliegende Gutachten eine belastbare Grundlage darstelle, auf der man sich nun in den Fraktionen mit der Situation des Sozialamtes auseinandersetzen könne. In diesem Zusammenhang erkundigte er sich nach den Planungen der Verwaltung für das weitere Vorgehen.

KD'in Heinze dankte Herrn Casper für seine Ausführungen und ergänzte, dass der Prozess der Organisationsuntersuchung permanent von einer Projektgruppe u.a. unter Beteiligung des Organisationsamtes, des Personalamtes, sowie des Personalrates begleitet worden sei. Unterstützung sei auch von Seiten der betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gekommen, die zusätzlich zu ihrer täglichen Arbeitsbelastung tatkräftig bei den Vorarbeiten zum Gutachten mitgewirkt hätten. Im Ergebnis könne man anhand der Feststellungen der Firma con_sens drei Bereiche festmachen, die ursächlich für den festgestellten Personalmehrbedarf seien:

1. ein Mehrbedarf durch quantifizierbare Bearbeitungszeiten (erhöhte Fallzahlen etc.)
2. ein Mehrbedarf durch eine erforderliche Ausweitung der fachlichen Standards, auch auf Grundlage von Gesetzesänderungen (Heimaufsicht etc.)
3. ein Mehrbedarf durch neue Aufgabengebiete, die unter anderem durch die Politik übertragen worden seien (Sozialplanung, Aktionsplan Inklusion, Monitoring der Trägerversammlung etc.).

Positiv zu bewerten sei, dass in diesem Jahr bereits einige Verbesserungen im Sozialamt hätten bewirkt werden können. Beispielsweise sei zusätzliches Personal eingesetzt worden; auch sei eine weitere Abteilung eingerichtet worden.

Für das nun vorliegende Gutachten werde von Seiten der Verwaltung ein entsprechendes Umsetzungskonzept erarbeitet.

Die Organisation der Verwaltung obliege grundsätzlich dem Landrat. Aus guten Gründen werbe sie jedoch dafür, die Frage der Neuausrichtung des Sozialamtes so weit wie möglich im Dialog mit der Politik zu klären. Sie werbe darüber hinaus dafür, die vorliegenden Ergebnisse der Organisationsuntersuchung ernst zu nehmen und möglichst rasch in erste Umsetzungsplanungen zu gehen. Aus eigenen Erfahrungen könne sie berichten, wie stark belastet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Führungskräfte im Sozialamt seien. Ihr sei bewusst, dass eine Umsetzung nur schrittweise und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erfolgen könne. Das Gutachten habe aber gezeigt, dass sich vieles, was in den letzten Jahren schon thematisiert worden sei, bestätigt habe und ein dringender Handlungsbedarf bestehe. Daher seien rasche Verbesserungen sowohl im Interesse der Kolleginnen und Kollegen als auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger notwendig. Denn auch wichtige Projekte, wie das Konzept zur Einrichtung eines weiteren Frauenhauses, könnten ohne eine ausreichende Personalausstattung nicht so schnell umgesetzt werden, wie es sozialpolitisch wünschenswert wäre.

Abschließend bat KD'in Heinze die Ausschussmitglieder um ihre Unterstützung in den kommenden Fraktionsberatungen.

Abg. große Deters wies auf den gesetzlichen Auftrag im Bereich der Heimaufsicht hin und bat darzustellen, welche Auswirkungen eine maximal erreichbare Prüfquote von „nur“ 75 % haben könne.

KD'in Heinze erklärte, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit und angesichts der ständigen Mahnungen der kreisangehörigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Kreisumlage nicht zu erhöhen, sei man gezwungen, in allen Bereichen der Verwaltung mit Augenmaß zu agieren. Eine hundertprozentige Aufgabenerfüllung sei aufgrund des engen finanziellen Rahmens nicht realisierbar.

Ltd. KVD Liermann ergänzte, die genannte Quote bezöge sich auf die gesetzlich vorgeschriebenen Regelprüfungen der Heimaufsicht. Prüfungen anlässlich von Bürgerbeschwerden etc. würden dagegen stets durchgeführt, so dass insgesamt auch eine Quote von 75 % bei den Regelprüfungen zu verantworten sei.

Auf Nachfrage von SkB Droste erläuterte Herr Casper, die Empfehlungen der gpaNRW seien in der Steuerungsgruppe diskutiert worden. Daraufhin habe man ca. 1/3 der Empfehlungen vorbehaltlos und ca. 1/3 mit leichten Abwandlungen übernommen. Bei ca. 1/3 habe man festgestellt, dass die Empfehlungen unter den gegebenen Voraussetzungen wenig Sinn machten.

KD'in Heinze verwies noch einmal auf die Haushaltssituation und die Sorgen und Nöte der kreisangehörigen Kommunen hin, die der Kreis nicht ignorieren könne. Dies setze insofern den Rahmen für die Bemühungen der Verwaltung, ihren Aufgaben so gut wie möglich nachzukommen und gleichzeitig die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu wahren.

Anmerkung: Die Präsentationsunterlagen zu den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt und können darüber hinaus auf der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises im Kreistagsinformationssystem aufgerufen werden.

